

Lettland, Löhne und die Krise

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 17.05.2013 (editiert am 25.05.2016)

Vor ein paar Wochen haben wir schon [kursorisch über einige Länder berichtet](#), die unter besonderen Umständen in die Eurozone gekommen sind oder sich um eine Aufnahme bewerben: Slowenien ist seit 2008 Mitglied und steckt derzeit in großen Schwierigkeiten. Estland, das den Euro 2011 einführte, hat die Anpassung innerhalb der EWU scheinbar geschafft und gilt vielen als Musterland in Sachen Anpassung und Flexibilität. Lettland hat seinen festen Wechselkurs zum Euro trotz widriger Umstände verteidigt und verdient daher die Aufnahme in die Europäische Währungsunion EWU, so die herrschende Meinung allen voran in der EU-Kommission. Dass die Kommission in Zeiten, in denen die EWU vor einer Zerreißprobe steht, über jeden Kandidaten froh ist, der durch sein Aufnahmebegehren die Attraktivität dieser Währungsunion zu belegen scheint, ist nur allzu verständlich. Und auch, dass man sich durch die zur Schau gestellte neoliberale Haltung des Kandidaten in seiner eigenen Sicht der Dinge bestätigt fühlt und gerade darum dessen Beitrittswunsch wohlwollend in Erwägung zieht, verwundert nicht. Dass die Kommission aber genau die Entwicklung, die Südeuropa im ersten Jahrzehnt der EWU genommen hat und die heute rückblickend scharf kritisiert wird, geflissentlich übersieht, obwohl sie in Lettland wie in den beiden anderen baltischen Staaten weitgehend parallel, ja sogar noch potenziert auftritt, und dass sie entsprechend keine Warnsignale setzt, das zeugt von ideologischer Verblendung.

Die drei baltischen Staaten werden immer wieder als bewundernswürdig in Sachen Solidität des Staates und Flexibilität der Arbeitsmärkte dargestellt. Hintergrund ist, dass die Regierungen aller drei Staaten strikte Verfechter einer neoliberalen Wirtschaftspolitik sind und sich immer wieder innerhalb der EU für radikal marktliberale Reformen stark machen. Die Präsidentin Litauens etwa, die gerade den [Karlspreis der Stadt Aachen verliehen bekommen](#) hat, hat sich in ihrer Preisrede genau wieder dahingehend geäußert. Dass sie gleichzeitig öffentlich sagte, dass ein Viertel des litauischen Staatshaushalts aus Brüssel kommt, wird in der hiesigen Presse nur als Petitesse behandelt.

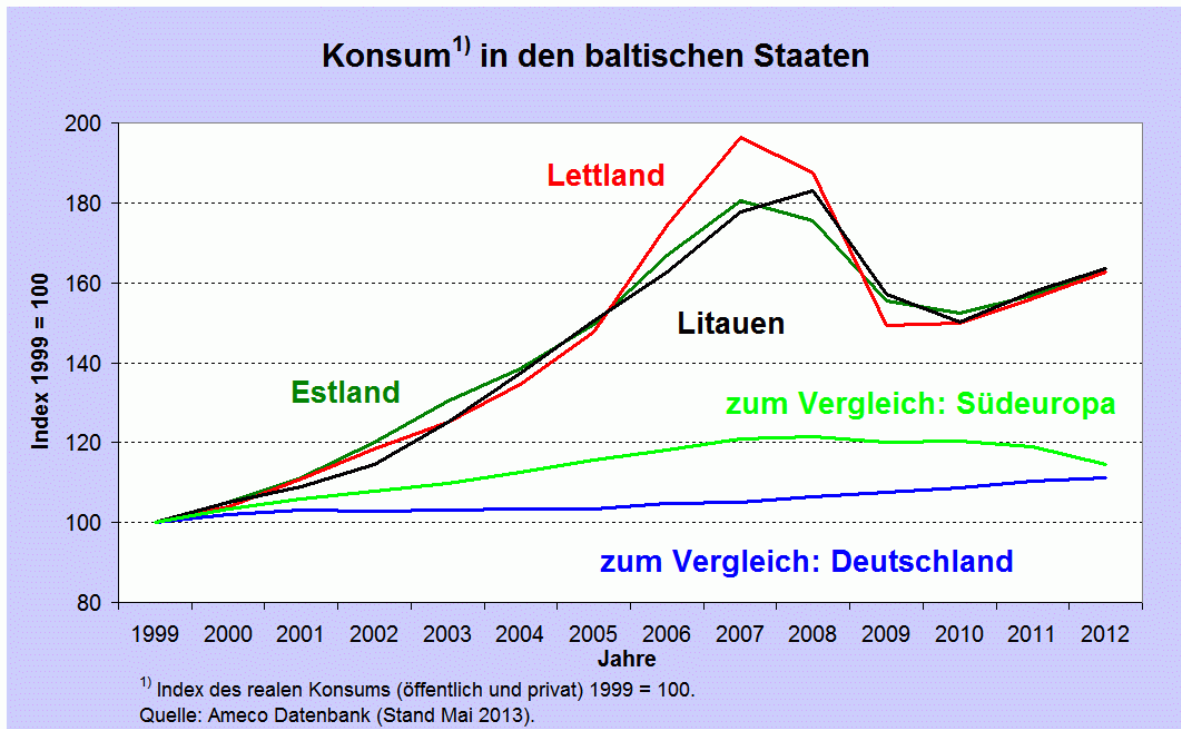
Insgesamt gesehen ist in den baltischen Ländern eigentlich nichts Außergewöhnliches passiert. Durch hohe Zuflüsse von ausländischem Kapital konnten diese kleinen Länder in der Anfangsphase ihrer Transformation hohe Produktivitätszuwächse verwirklichen, die zu stark steigenden Löhnen führten. Diese wiederum ermöglichten einen Konsumboom und eine gute wirtschaftliche Entwicklung für einige Jahre. Weil die Lohnsteigerungen aber weit überzogen waren, ergaben sich Inflationsraten, die, wie in kleinen offenen Volkswirtschaften regelmäßig zu beobachten, zu unhaltbaren Außenhandelsungleichgewichten führten. Diese Länder haben auch jetzt noch wegen ihrer absolut zu hohen

Lohnstückkosten innerhalb der Eurozone keine Chance nachhaltig zu prosperieren.

Anders als es ihrer ideologischen Ausrichtung eigentlich entspricht, haben die baltischen Länder ihre frühe Erfolgsgeschichte innerhalb Europas einer Entwicklung zu verdanken, die nur auf den ersten Blick in das neoliberale Schema passt. Alle drei Länder verzeichneten seit ihrer Öffnung zum Westen hohe Zuflüsse von Direktinvestitionen vor allem aus den skandinavischen Nachbarländern. Das führte zu einem relativ raschen Aufbau von produktivem Sachkapital. Um größtmögliche monetäre Stabilität – nicht zuletzt für die ausländischen Investoren – zu gewährleisten, banden alle drei Staaten ihre jeweilige Währung frühzeitig an die westlichen Währungen und schließlich an den Euro. Lettland tat das ab 2005 in Form eines currency boards, also eines Arrangements, in dem die landesinterne Geldversorgung bei festem Wechselkurs (Bandbreite $\pm 1\%$) auf den Zufluss ausländischen Kapitals angewiesen ist. Innerhalb dieses Rahmens kam es zu einem kräftigen Aufschwung, der heute als großer Erfolg im Sinne rascher neoliberaler Reformen im Transformationsprozess gefeiert wird.

Schaut man aber genauer hin, sieht man, dass der Boom der frühen Jahre nicht nur aus einem Investitionsboom besteht, sondern mindestens ebenso auf einem kräftigen Konsum beruht, was bereits weniger neoliberal anmutet. Dass die baltischen Staaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs einen großen Nachholbedarf in Sachen Kapitalstock hatten, ausländische Kapitalanleger daher große Gewinnchancen sahen und deshalb Kapital einbrachten, war nicht so überraschend. Hoher Nachholbedarf der Bevölkerung bestand aber natürlich auch in Sachen Konsum. Doch wie wurde der bewerkstelligt, hatten die Balten doch nicht wie etwa die Ostdeutschen einen, um es salopp zu formulieren: "reichen Onkel" im Westen, der ihnen große Teile ihres Konsumbedarfs durch Transferzahlungen finanzierte? Immerhin stieg zwischen 2000 und 2007 in allen drei baltischen Ländern der Verbrauch mit Zuwachsraten, die weit jenseits der im Land gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten lagen (vgl. Abbildung 1). Wenn man bedenkt, wie kritisch heute der sich vergleichsweise harmlos ausnehmende Konsumboom in Südeuropa zwischen 1999 und 2008 gesehen und für die "Schuldenkrise" verantwortlich gemacht wird, fragt man sich, warum diese Entwicklung im Baltikum nicht stärker hinterfragt wurde und wird.

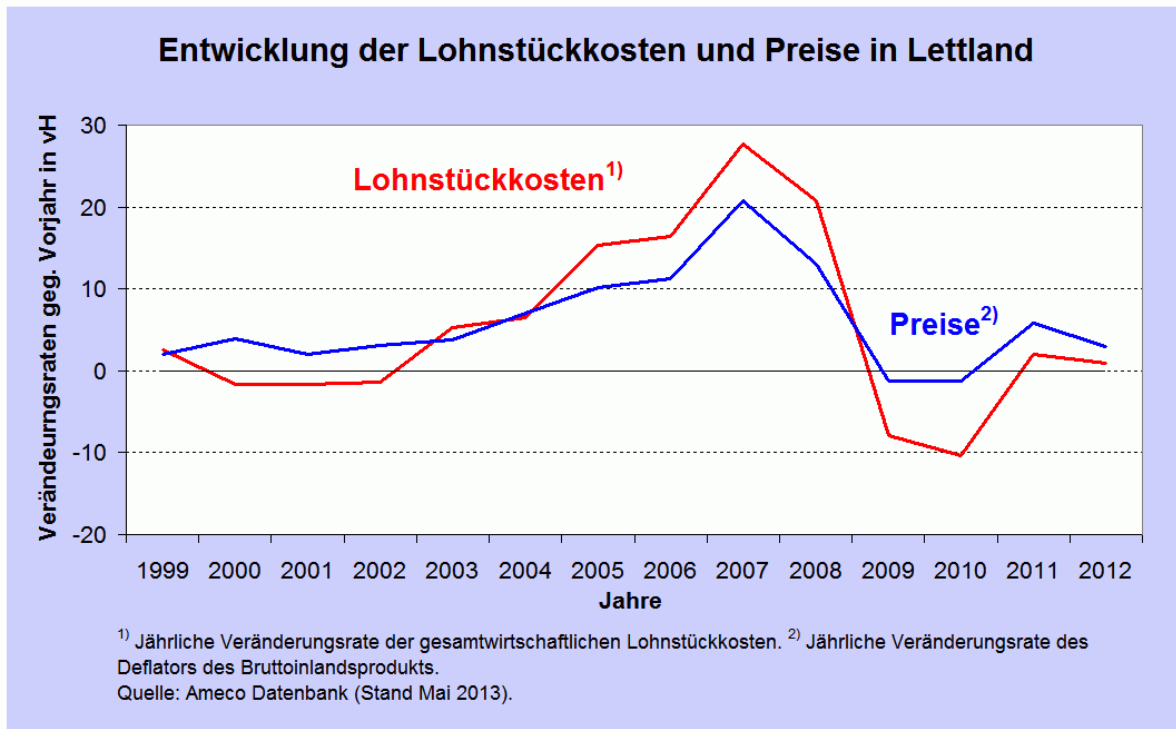
Abbildung 1



In Lettland war der jährliche Zuwachs des realen Verbrauchs in den Jahren zwischen 2001 und 2007 durchgehend größer als fünf Prozent. Für 2006 weist die EU Statistik einen Zuwachs von sage und schreibe 18 Prozent aus. Auf der Einkommenseite wurde der baltische Konsumrausch von Zuwachsraten der Nominallöhne (pro Kopf) getragen, die jedem guten Neoliberalen die Tränen in die Augen treiben müsste: Lettland verzeichnete in der Spitze, nämlich im Jahr 2007, ein Plus von 35 Prozent. Aber auch in den beiden anderen Ländern waren die Zuwachsraten vollkommen unsolide. Denn das Rückgrat jeder Lohnentwicklung muss die Produktivitätszunahme sein. Und die konnte trotz des Investitionsbooms mit dem gewaltigen Lohnwachstum bei weitem nicht Schritt halten.

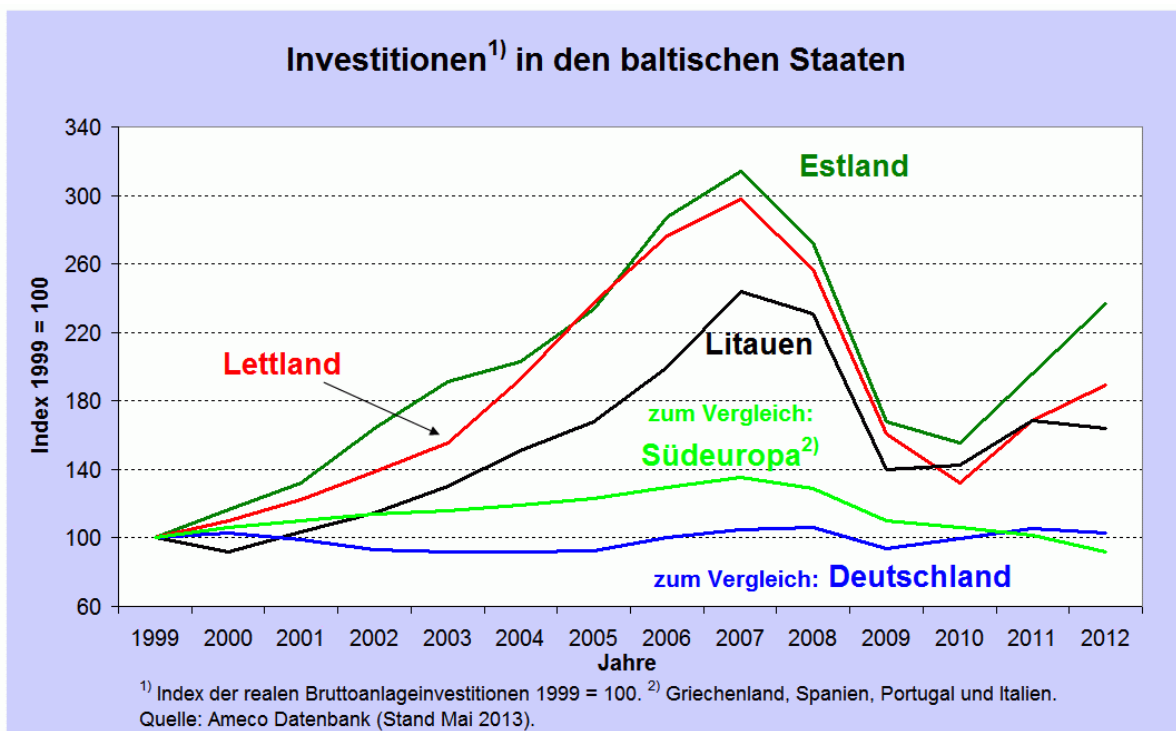
Beides zusammen mündete in Steigerungsraten der Lohnstückkosten (Löhne abzüglich Produktivität) in Lettland von 16, 27 und 20 Prozent in den Jahren 2006, 2007 und 2008. Kein Wunder, dass die Preisentwicklung zu ähnlichen Höhenflügen ansetzte (vgl. Abbildung 2): Gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts erreichte die Inflationsrate zwanzig Prozent im Jahr 2007. Und das wohlge-merkt bei festen Wechselkursen gegenüber den wichtigsten Handelspartnern, deren Inflationsraten sich im unteren einstelligen Bereich bewegten.

Abbildung 2



Obwohl – oder weil? – die Lohnsteigerungen weit über das seriös Mögliche hinausgingen, boomte wie gesagt die Investitionstätigkeit bis einschließlich 2007 (vgl. Abbildung 3). Ob man das eines Tages Fehlallokation von Kapital und mangelnde Weitsicht der Investoren nennen wird, wie das heute vielfach für Südeuropa konstatiert wird, das einen vergleichsweise harmlosen Investitionsaufschwung zu verzeichnen hatte? Und wer wird dann für diese Fehlallokationen bezahlen müssen? Wer bezahlt schon heute dafür?

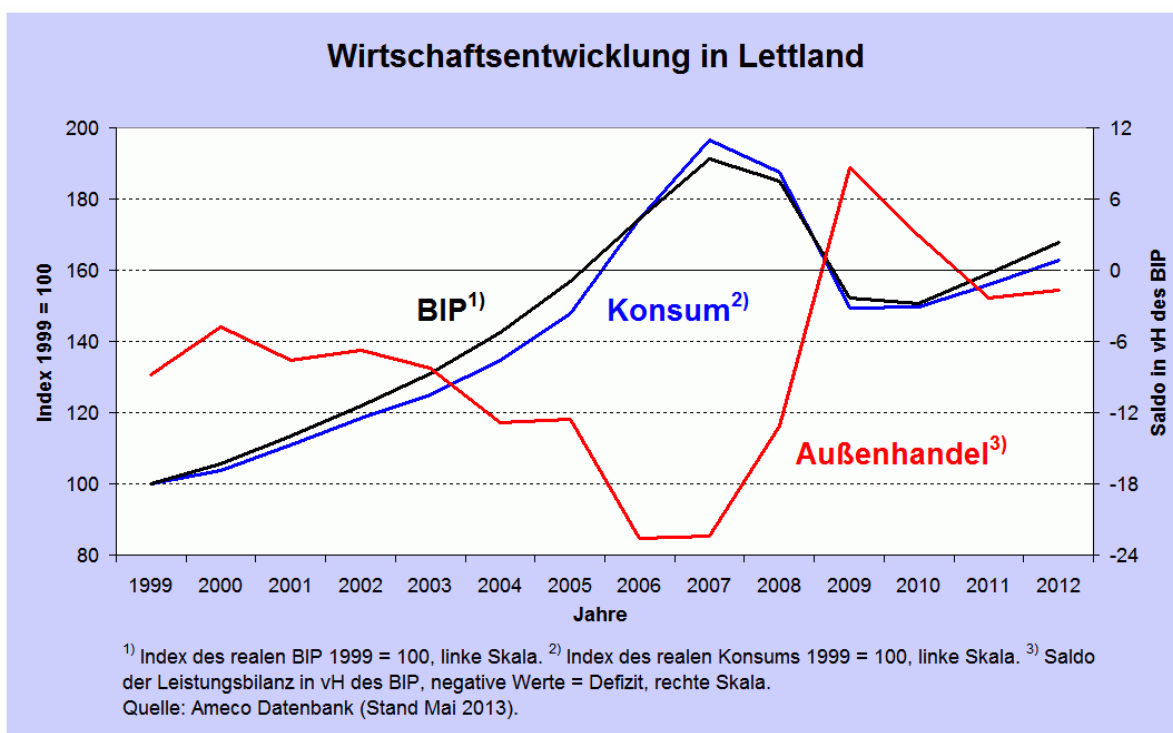
Abbildung 3



Die Befürworter eines EWU-Beitritts Lettlands sollten einmal darüber nachdenken, ob nicht ausgerechnet die von vielen Seiten gelobte Fixierung des Wechselkurses für diese Entwicklung entscheidend mitverantwortlich ist, weil den Investoren das Währungsrisiko abgenommen wurde, das sie vielleicht zu größerer Vorsicht und genauerem Hinsehen bei Investitionsprojekten bewegt hätte.

Der binnenwirtschaftliche Aufschwung und die Inflation waren, wie immer in solchen Fällen, mit einem massiven Verlust an Wettbewerbsfähigkeit verbunden, der sich in einem erschreckend hohen Leistungsbilanzdefizit widerspiegelt. Die Exporte legten zwar wegen der großen Bedeutung der Direktinvestitionen ihrerseits erheblich zu, die Importe wuchsen aber viel schneller, was zu enormen Leistungsbilanzdefiziten führte (vgl. Abbildung 4). Am Höhepunkt dieser Entwicklung verzeichneten alle drei Länder Leistungsbilanzdefizite im zweistelligen Bereich – in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In den beiden Jahren mit dem größten Zuwachs beim Konsum (2006 und 2007) lag etwa das Defizit der lettischen Leistungsbilanz bei jeweils 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zum Vergleich: Der "Spitzen"wert im auswärts hoch verschuldeten Spanien lag im Jahr 2007 hingegen bei "nur" minus 10 Prozent.

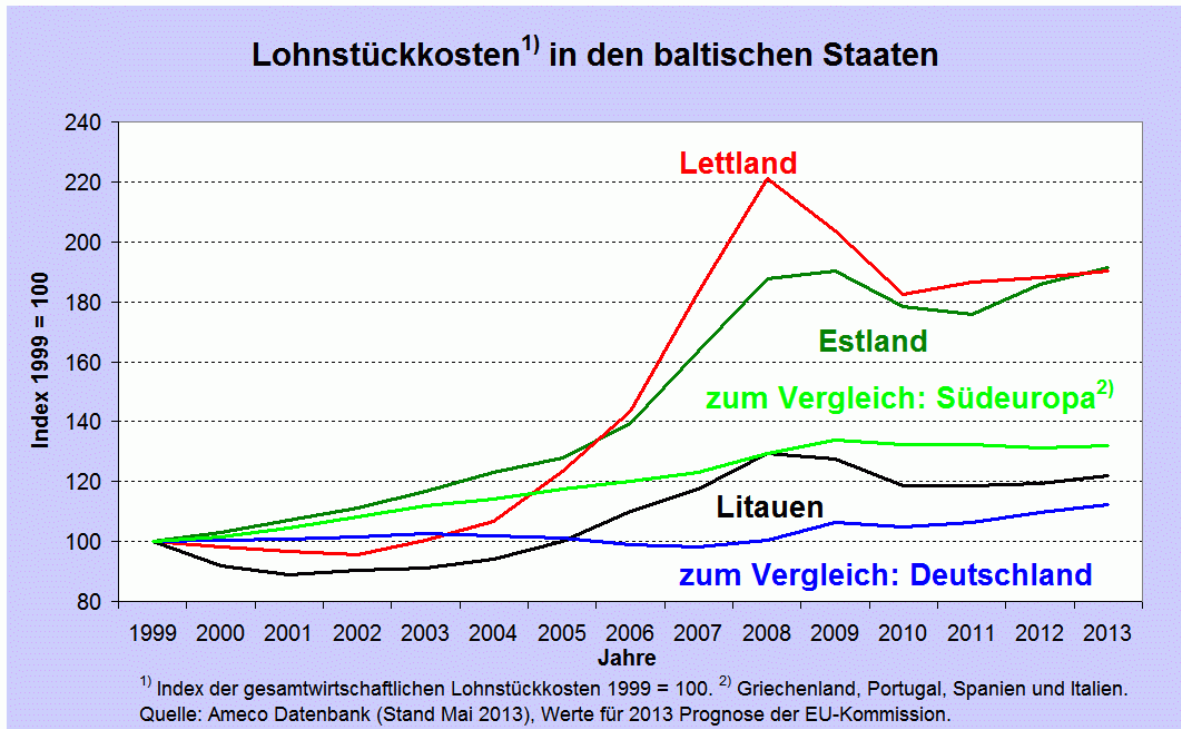
Abbildung 4



Weil sie außenwirtschaftlich mindestens so sehr im Rampenlicht standen wie die südeuropäischen Länder, wurden die baltischen Länder in der Finanzkrise von den Kapitalmärkten genau so in den Fokus genommen. Alle drei hätten eigentlich abwerten müssen, entschlossen sich jedoch, die Wechselkursbindung (in Estland die EWU-Mitgliedschaft) um jeden Preis zu halten. Das Steuer wurde mit dem Ausbruch der Finanzkrise quasi herumgeworfen und politischer Druck in Richtung Lohnsenkung ausgeübt. Tatsächlich sanken die Pro-Kopf-Löhne in Lettland um fast zwanzig Prozent und gingen die Lohnstückkosten folglich massiv zurück (vgl. Abbildung 2 und 5), doch bei weitem nicht genug, um auch nur annähernd die Wettbewerbsfähigkeit Südeuropas zu erreichen, die bekanntlich gegenüber

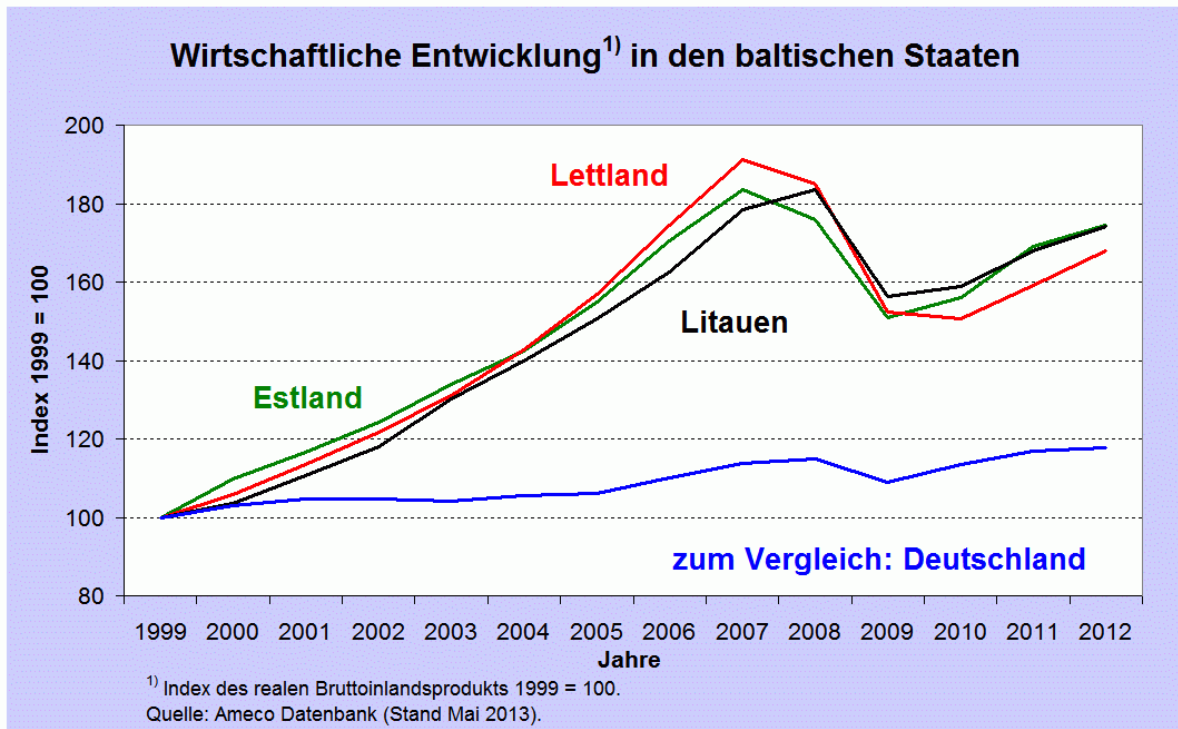
dem Euro-Partner Deutschland viel zu gering ist. Wie sollen da die baltischen Staaten – sei es als Mitglied der EWU, sei es mit festem Wechselkurs zum Euro – im internationalen Handel bestehen können?

Abbildung 5



In den beiden anderen baltischen Ländern war es um die Lohnkürzungen nicht ganz so dramatisch bestellt (wie es auch zuvor nicht zu ganz so hohen Übertreibungen gekommen war); die Wirkung auf das Wirtschaftswachstum (vgl. Abbildung 6) war jedoch gleich katastrophal: Die Wirtschaft brach in der Finanzkrise sofort dramatisch ein und schrumpfte erheblich. Die Arbeitslosigkeit stieg in allen drei Ländern deutlich an, in Lettland bis auf fast 20 Prozent.

Abbildung 6



Die Bevölkerung in Lettland steht dem Euro-Beitritt mehrheitlich ablehnend gegenüber, mutmaßlich weniger deshalb, weil sie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge durchschaut, als deswegen, weil sie wegen der Opfer, die sie bislang erbringen musste, kein Interesse daran hat, Krisenstaaten in der EWU zu unterstützen. Die Menschen haben in den Jahren 2008 – 2010 zu spüren bekommen, was es heißt, Wettbewerbsfähigkeit bei festem Wechselkurs zurückzuerlangen, nämlich extremes Gürtel-enger-Schnallen vor allem beim "kleinen Mann". Die Menschen im Baltikum haben das mehr oder weniger klaglos hingenommen, was wohl auf ihre historischen Erfahrungen und die daraus folgende Leidensfähigkeit aus den Zeiten von vor dem Fall des Eisernen Vorhangs zurückzuführen ist. Dass aber den darbdenden Menschen in Südeuropa diese baltische Leidensfähigkeit von Dritten als Vorbild unter die Nase gehalten wird, ist für Europas Politiker ein Armutszeugnis ersten Ranges.

Besonders schamlos wirkt das, wenn sich deutsche Politiker hier hervortun – man denke an den ehemaligen [Bundespräsidenten Christian Wulf](#), an den ehemaligen [Chef der Deutschen Bundesbank Jürgen Stark](#), an das [EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen](#), an den [Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz](#) oder an [Bundeskanzlerin Angela Merkel](#). Denn der Transformationsprozess in Ostdeutschland wurde im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung gerade nicht durch ein brutales Gürtel-enger-Schnallen bewerkstelligt, sondern durch die Sozialversicherungen und die Fiskalpolitik so gut es ging (hart genug war es trotzdem noch) von außen abgedeckt. Jedes "Wir wissen, welche Opfer die baltische Bevölkerung erbringt, aber es muss halt sein" wirkt da wie blanker Zynismus. Jedes "Seht her, ihr Südeuropäer, so kann es gehen, macht es wie die starken Balten" muss sich vorwerfen lassen, dem alt bekannten Mechanismus zu huldigen, die Schwachen gegeneinander auszuspielen.

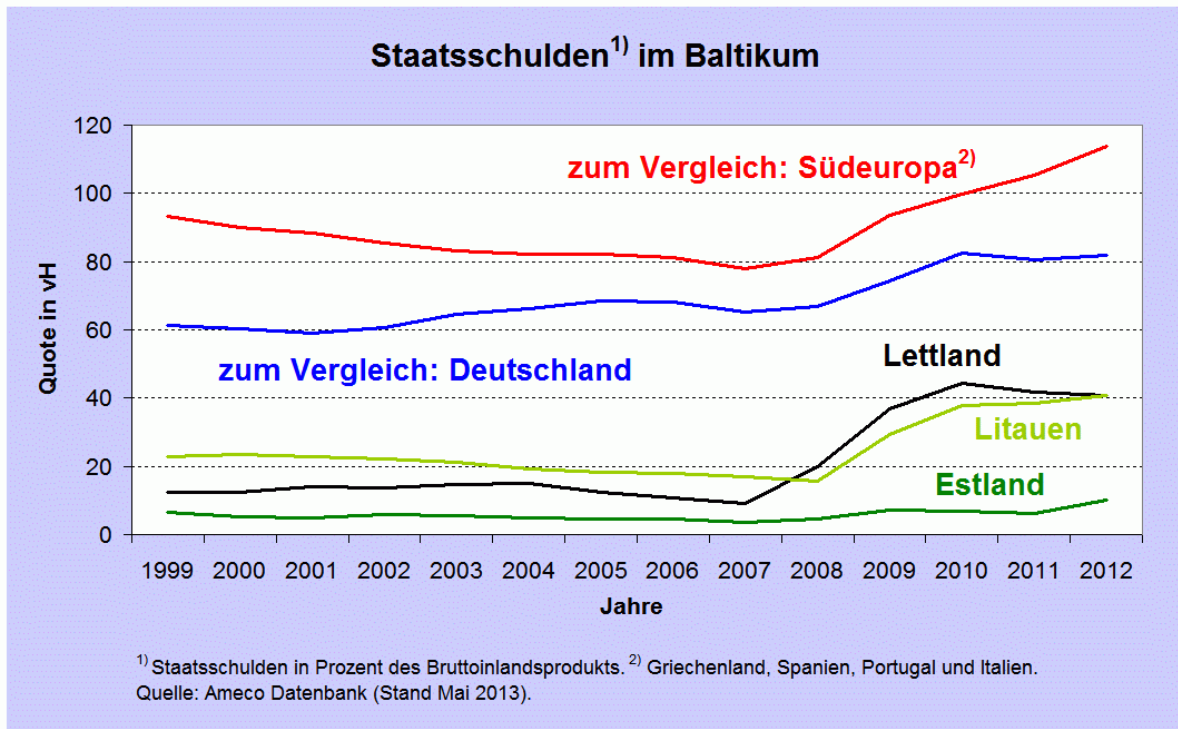
Doch gibt nicht die aktuelle Erholung der Wirtschaft in den baltischen Staaten den neoliberalen Reformern Recht? Seit 2010 sind alle drei Länder immerhin wieder auf Wachstumskurs, wenn auch mit bescheideneren Raten (vgl. Abbildung 6), und stellen die übrigen Länder der EU damit weitgehend in

den Schatten. An dieser Stelle nun beginnt die Fama von den scheinbar unverwundbaren baltischen Helden, die, weil sie alles schön neoliberal richtig machen, wie Phoenix aus der Asche wieder in höhere Sphären aufgestiegen sind.

Bei Licht betrachtet ist die Lage keineswegs rosig: Man befindet sich immer noch um gut 20 Prozentpunkte der Wirtschaftskraft unterhalb ihres Hochpunktes im Jahr 2007. Mit der im Vergleich zur Stärke des Einbruchs schwachen Erholung ist die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff zu bekommen und stellt Auswanderung der Arbeitskräfte derzeit offenbar die wichtigste Form der Entlastung am Arbeitsmarkt dar. Nachdem sich das Modell von vor der Krise – stark steigende Löhne und boomender Konsum – nicht einfach wiederholen lässt, weil die Wettbewerbsfähigkeit zumindest in Lettland und Estland ausweislich der Lohnstückkosten (vgl. Abbildung 5) nach wie vor schwer geschädigt ist, ist ein neues Wirtschaftswunder nicht in Sicht. Im Gegenteil, jede neue binnenwirtschaftliche Belebung wird rasch an Grenzen wieder stark steigender Leistungsbilanzdefizite stoßen. Das deutet sich jetzt schon an: 2012 verzeichnete Estland ein dreiprozentiges Leistungsbilanzdefizit, für 2013 prognostiziert die EU-Kommission ein Minus von über 2 Prozent; in Lettland und Litauen zogen die Defizite 2011 parallel zur BIP-Erholung wieder auf 2 bis 3 1/2 Prozent an, seither hat sich der Saldo der Leistungsbilanz nicht mehr ins Positive gewendet.

Was aber alle drei Länder in den Augen der meisten westlichen Beobachter auszeichnet, ist ihre scheinbare fiskalische Solidität. Die Staatsschulden sind niedrig (vgl. Abbildung 7). Alle drei Länder gerieren sich als fiskalische Musterschüler. Wie es um den öffentlichen Kapitalstock bestellt ist, der ja immerhin bis zu einem gewissen Grad mit den Staatsschulden zusammenhängt (wie jeder Betriebswirt auf Ebene der Unternehmen weiß: hier Aktiva – dort Schulden), ob hier evtl. noch ein deutlicher Nachholbedarf herrscht, hinterfragt kaum jemand. Die Zahlungen aus dem EU-Haushalt spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle in den baltischen Staatshaushalten.

Abbildung 7



Doch es kommt noch ein ganz anderer Aspekt hinzu: In allen drei baltischen Ländern sind die privaten Ersparnisse sehr gering. In Lettland ist die Sparquote der privaten Haushalte – vermutlich wegen der schierem Not vieler Haushalte – sogar negativ. Sieht man, wie wir immer wieder erklärt haben, vernünftigerweise die Staatsschulden als Teil eines komplexen Zusammenspiels in der Gesamtwirtschaft von Ersparnis auf der einen Seite und den dazu passenden Schulden auf der anderen Seite, ist die fiskalische Solidität in Ländern mit geringen privaten Ersparnissen nicht so verwunderlich. Es ist nur der oberflächlichen und ideologischen Betrachtung der Europäischen Kommission zuzuschreiben, dass der Staatsverschuldung – unabhängig vom Spar- und Investitionsverhalten aller übrigen Sektoren – eine Sonderrolle zugewiesen wird. Bei nüchterner Überlegung sind Staatsschulden weder gut noch böse, sondern Teil des Versuchs der Volkswirtschaft insgesamt, mit dem Wunsch der privaten Haushalte zurechtzukommen, einen Teil ihres Einkommens zu sparen.

Nur die einseitige Fixierung auf Fragen der Staatsverschuldung kann erklären, warum die vorurteilslose Betrachtung gesamtwirtschaftlicher Vorgänge im Baltikum so gut wie nicht stattfindet, warum insbesondere kaum wahrgenommen wird, wie viele Fehlentwicklungen innerhalb der EWU, die zur Eurokrise geführt haben, sich im Baltikum wiederholen. Eine den Menschen in Lettland gegenüber verantwortungsvolle Politik kann das Hilfsventil der Abwertung nicht einfach durch einen EWU-Beitritt des Landes aus der Hand geben, ohne die Frage der Rückgewinnung der Wettbewerbsfähigkeit *unter allen Bürgern zumutbaren Gesamtumständen* beantwortet zu haben.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 17.05.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2013/05/abo-artikel-lettland-lohne-und-die-krise/>